

IsraelForum e.V. • Dorfstraße 73A • 30916 Isernhagen

Bundeskanzleramt  
Bundeskanzler  
Herrn Olaf Scholz  
Willy-Brandt-Straße 1

**10557 Berlin**

PD Dr. M. v. Depka Prondzinski

Dorfstrasse 73A  
30916 Isernhagen - KB

Tel.: 05139/9849930  
Fax: 05139/9849931

info@israelforum.net  
www.israelforum.net

1. Januar 2025

## OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

am 21. November 2024 hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) einen Haftbefehl u.a. gegen Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und Joav Galant, damals Verteidigungsminister, erlassen. Deutschland ist einer der größten Unterstützer und Vertragsstaat des IStGH. Der damalige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Josep Borrell, hat diesen Haftbefehl als bindend für die Mitgliedsstaaten der EU bezeichnet. Als Vertragsstaaten des IStGH seien die EU-Länder verpflichtet, den vom Gericht gegen Netanjahu verhängten Haftbefehl umzusetzen.

Auf der Pressekonferenz am 22.05.24 zum Nahostkonflikt hat Ihr Regierungssprecher Steffen Hebestreit bezüglich der Ankündigung einer Klage des IStGH eine Verhaftung des israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu bei einem Besuch in Deutschland nicht ausgeschlossen. In der Pressemitteilung 293 vom 22. November 2024 wird offengelassen, wie Deutschland sich in diesem Fall verhalten werde. Wenige Tage später sagte die durch Sie bestellte Außenministerin, Frau Annalena Baerbock, diesbezüglich, die Bundesregierung werde sich an geltendes Recht halten, da niemand über dem Gesetz stehe.

Allein die Tatsache, dass die Bundesregierung nicht umgehend und unmissverständlich die Möglichkeit einer Verhaftung des israelischen Premierministers im Falle eines Besuchs ausschließt, ist für uns nicht nachvollziehbar, vielmehr sogar ungeheuerlich. Dabei ist uns bewußt, dass ein Konflikt zwischen Loyalität dem IStGH einerseits und Israel, dessen Schutz deutsche Staatsräson ist, andererseits besteht. Wir sind der Ansicht, der Schutz Israels und seiner höchsten Vertreter muss für Deutschland immer oberste Priorität haben, selbst wenn sich Deutschland damit gegen den IStGH stellt.

Dessen Haftbefehl ist indes moralisch, historisch, politisch, verfahrensmäßig, kontextual und auch juristisch äußerst umstritten. Beispielsweise: Massenmörder mit einem demokratisch gewählten Regierungschef eines Staates mit vorzüglichem Justizapparat, der bereits Präsidenten, Premierminister und Oberrabbiner verurteilt hat, de facto gleichzusetzen, beschädigt die Glaubwürdigkeit des IStGH massiv und mit ihm leider auch die Staaten, die ihm angehören.

Selbstredend hat die Terrororganisation Hamas den Haftbefehl begrüßt und die Länder weltweit aufgerufen, die Entscheidung zu unterstützen, „um die Völkermordverbrechen gegen Zivilisten in Gaza zu stoppen“. Einer derartigen Verdrehung von Tatsachen darf sich Deutschland nicht einmal im Entferntesten anschließen.

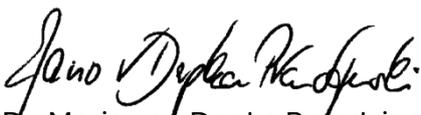
Der IStGH steht damit in der Gefahr, als politisch-ideologisches Organ zu agieren, sein Chefankläger steht u.a. in Verdacht, entlastendes Material zurückgehalten, seine Kompetenz überschritten und durch die Art der Anklageerhebung dem IStGH schweren Schaden im Blick auf dessen Unvoreingenommenheit zugefügt zu haben. Wenn Deutschland sich nicht nachdrücklich und unmissverständlich davon distanziert, besteht der Eindruck einer Identifizierung mit diesem unsäglichen antisemitischen Vorgang.

**Wir fordern Sie daher auf,**

- **dem Haftbefehl des IStGH nicht Folge zu leisten,**
- **Ihre Außenministerin dahingehend zu instruieren, sich unmissverständlich auf die Seite Israels zu stellen,**
- **den IStGH zu ersuchen, den Grundsatz der Komplementarität einzuhalten,**
- **auf eine Rücknahme der Haftbefehle gegen den Premierminister und den ehemaligen Verteidigungsminister Israels hinzuwirken und**
- **notfalls die Rücknahme der Unterzeichnung des Statuts des IStGH zu erklären.**

Auch Sie haben als Bundeskanzler erklärt, dass die Sicherheit Israels deutsche Staatsräson ist. Bleiben Sie in dieser Frage klar, eindeutig und unmissverständlich. Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen. Zum Wohle Deutschlands und zum Wohle Israels.

Mit freundlichen Grüßen



PD Dr. Mario von Depka Prondzinski  
1. Vorsitzender